

Historische Erinnerung im Wandel

Internationale DDR-Forschertagung

Weimar, 3. bis 6. November 2005

Die Sorge, ob Heiner Timmermann nach seiner Emeritierung die internationale Gemeinde der DDR-Forscher auch 2005 zu ihrem Jahrestreffen zusammenführen würde, war unbegründet. Mit dem neuen Tagungsort Weimar ist ein wichtiger Schritt an das Objekt der Forschungen gewagt worden, aber die bewährte Struktur mit Plenarpodien und Detailarbeit in Fachsektionen blieb erhalten, ebenso die große Eröffnung mit einem herausragenden Festredner und ein repräsentativer Empfang am letzten Abend, diesmal gestaltet von der Thüringer Landesbeauftragten für die Unterlagen des MfS, Hildigund Neubert.

Alfred Grosser, der Altmeister der französischen Deutschlandforschung, führte mit seinem weite Horizonte aufzeigenden Vortrag pointiert in die Leitfrage von „historischer Erinnerung im Wandel“ ein. Nichts Geringeres als die Verknüpfung der DDR-Forschung mit der deutschen Geschichte im 20. Jahrhundert war die Kernfrage der Tagung. *Heiner Timmermann* griff einleitend gar über diese Zeitgrenzen hinaus, als er historische Konstanten der deutschen Geschichte in der Neuzeit – Deutschland als Kernland Mitteleuropas, als Schlachtfeld der Mächte, als Pforte Richtung Osten – ins Gedächtnis rief. Wenn aus Geschichte überhaupt zu lernen sei, so seine Quintessenz, müsse die Freiheit als Kern der deutschen Geschichte hervorgehoben werden. Angesichts dieser grundsätzlichen Diskussionsebene war es kein Schaden, dass *Alfred Grosser* freimütig einräumte, manche Details der archivgestützten Forschungen zur SED-Diktatur oder auch zur Geschichte des Kalten Krieges nicht kommentieren zu können. Auch aktuelle Methodenfragen seien sein Metier nicht, und so dekonstruierte er mit wenigen spitzbübischen Kommentaren den aktuellen Diskurs um die kollektive Erinnerung. Mit Kant plädierte Grosser für Selbstaufklärung, Selbstdistanz und Selbstpädagogik als Aufgaben der Historie, und dies bedeute vor allem Entmythologisierung der großen Helden Denkmäler des 19. Jahrhunderts, auch mancher Konstrukte der Historiker, so das vom deutschen Sonderweg. Grosser schlug dagegen eine Typisierung deutscher Geschichte vor: eine schwarz-weiß-rote Leitkultur konservativer Provenienz und eine schwarz-rot-goldene der Demokraten.

Auch wenn Grosser einige Kommentare zur inneren Einheit einstreute, Treuhandskandale und die Opfer der ostdeutschen Frauen beklagte, für ihn ist die Vereinigung schlicht „vollendet“. Viel lieber *raisonnierte* der große Europäer über europäische Identität, Aufklärung und Gottesfrage in der Europäischen Verfassung. Deutschlands Sorgen, so durfte man ihn verstehen, seien wichtig und ernsthaft, aber die lieben Nachbarn sollten es auch nicht übertreiben mit ihren Ängsten um Einheit und Identität, denn, so schon sein Vortragstitel: „Die deutsche Geschichte ging weiter“. Wichtig indes seine Mahnung, dass trotz aller seit 1990 neu erschlossenen Quellen die eigentlichen Neubewertungen von Geschichte im öffentlichen Bewusstsein von Literatur und Kunst zu erwarten seien.

Diese Mahnung zur Bescheidenheit hielt die Historiker bei den Podiumsgesprächen nicht davon ab, auf empirisch gesättigter Faktenbasis engagiert zu diskutieren. Auf dem ersten Podium „Deutsche Nachkriegsgeschichte schreiben“ stand die internationale Deutschland-Perspektive im Zentrum. *Günther Heydemann* (Leipzig) erinnerte daran, dass die Deutschen im 20. Jahrhundert sechs Staats- und Regierungsformen erlebt

hatten, und hob den Wechsel von Demokratie und Diktatur sowie die Erfahrung des Zivilisationsbruchs als Charakteristikum hervor. Die Antworten des Auslands fielen unterschiedlich aus. Für die polnische Gesellschaft ist das Deutschlandbild nie homogen gewesen: Bundesrepublik und DDR seien – zumal vor 1989 – stets getrennt wahrgenommen worden, führte *Krzysztof Ruchniewicz* vom Willy-Brandt-Zentrum in Breslau aus. Allerdings habe sich bereits ab den 60er Jahren eine differenzierte Sicht der Bundesrepublik durchgesetzt, was durch die Arbeit der deutsch-polnischen Schulbuchkommission gefördert und auch auf ältere Epochen ausgedehnt wurde. Für die Gegenwart konstatierte Ruchniewicz einen – immer schwerer zu deckenden – Bedarf an deutschen Gesprächspartnern. Während sich in Polen die Forschungseinrichtungen (Westinstitut Posen, Willy-Brandt-Zentrum Breslau) neu aufstellten, sei in Deutschland das Interesse an Ostmitteleuropa leider rückläufig.

Auch der Rechtsphilosoph *Emilio Mikunda-Franco* (Sevilla) brachte die Entwicklungen der letzten beiden Jahrzehnte in Deutschland und in Spanien in Bezug, wobei er die Gegenläufigkeit von deutscher Vereinigung und Föderalisierungstendenz in seinem Heimatland unter Rückgriff auf staatsrechtliche und geschichtsphilosophische Diskussionen herausarbeitete. Wie stark deutsche Geschichte in kulturelle Realitäten eingeschrieben ist, verdeutlichte *Jonathan Osmond*, Historiker aus Cardiff, mit den wechselnden Benennungen eines der Tagungshotels aus den letzten 100 Jahren: Aus dem einstigen „Hotel Hohenzollern“ wurde in der DDR das „HO Hotel Einheit“, jetzt heißt es „Hotel Thüringen“. Die Spannweite der historischen Bedeutungs- und Erinnerungsmuster dieser Namen, so Osmonds Argument zur Forderung nach einer „verflochtenen Parallelgeschichte“, zeige die Größe der Aufgabe, deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts zu „integrieren“.

Wie global an diesem Projekt mit Anteil genommen wird, belegt der Zeithistoriker *Kyu-Young Lee* aus Seoul mit einer empirischen Analyse der Deutschlandforschung in seinem Heimatland. Seit längerem nimmt in Südkorea das Interesse an deutscher Geschichte vor 1914 zu. In den letzten 15 Jahren, in denen mehr als die Hälfte sämtlicher südkoreanischer Veröffentlichungen zur deutschen Geschichte überhaupt erschienen, dominiert das Interesse an Problemen des 20. Jahrhunderts und zumal der Gegenwart.

Die Diskussion knüpfte aus Gründen der Aktualität an den Problemen im deutsch-polnischen Verhältnis an, wobei für die deutschen Zuhörer das Spektrum der Bewertungen, das die polnischen Kollegen vortrugen, einen eindrucksvollen Pluralismus der Meinungen im Nachbarland bezeugte. Hervorgehoben sei auch die Debatte um die Frage von Integration, Verflechtung und Parallelisierung. Osmond warnte vor der Gefahr künstlicher Konstruktionen, Identität sei eben nicht nur eine Frage der Nation und der historischen Erinnerung, sondern ebenso eine des Geschlechts, des Alters und der sozialen Stellung.

Auf dem Podium zur „Durchsetzung zweier Wirtschaftssysteme nach 1945“ fanden auch Kommentare zur Bewertung der aktuellen Situation in Deutschland ihren Platz. Moderator *Spiridon Paraskewopoulos* (Leipzig) verblüffte mit der These, die DDR habe – dank guter informeller Bedingungen (Motivation, Arbeitsethos, Qualifikation der Arbeitskräfte) – „die beste“ denkbare Zentralverwaltungswirtschaft geschaffen. Gleichwohl erreichte die Produktivität der DDR in ihren letzten Jahren ein Niveau von kaum mehr als 33 % des Westens. Die Bedeutung der Besatzungsmächte für die Durchsetzung beider Wirtschaftssysteme in ihren Zonen hob, wie schon der Moderator, *Werner Bühner* (München) vor. Außerdem erinnerte er an das Gewicht korporativer Strukturen, besonders die Zusammenarbeit von Unternehmen und Staat, für den Erfolg der sozialen Marktwirtschaft in der frühen Bundesrepublik. Ihr ökonomischer Triumph habe die Planwirtschaft nachhaltig delegitimiert, und zwar über die Phase der Modifikation der sozialen Marktwirtschaft in den 60er Jahren (Globalsteuerung) und ihre Ablösung durch den Neoliberalismus seit Ende der 70er Jahre hinaus.

Jörg Roesler ging auf Distanz zu Markt- wie Planwirtschaft. Beide Systeme hätten sich keineswegs im Sinne der reinen Lehre verwirklichen lassen, in beiden Staaten sei man zu Kompromissen „mit dem Volk“ ge-

zwungen gewesen. Natürlich provozierte Roeslers ebenso originelle wie gewagte Gleichsetzung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 mit den Stuttgarter Vorfällen und dem Generalstreik in den Westzonen vom 12. November 1948 Widerspruch in der Diskussion, der mit Hinweis auf den unterschiedlichen politisch-moralischen Kontext noch viel massiver hätte ausfallen können. Bedenkenswert immerhin Roeslers zuge-spitzte These, mit dem Wegfall der Sowjetunion habe das Ende der sozialistischen Alternative den marktwirtschaftlichen Triumph vollkommen gemacht. Doch ob nun auf den „Dialog mit dem Volk“ ganz verzichtet werden kann?

Es blieb *André Steiner* (Potsdam), der Struktur und Zerstörungsgrad der Industrie sowie die Reparationslast der ost- und westdeutschen Wirtschaft verglich, vorbehalten, Korrekturen anzubringen. So arbeitete er die höhere Anpassungs- und Entwicklungsfähigkeit der Marktwirtschaft an veränderte Bedingungen heraus, während die Planwirtschaft nicht zu adäquaten Veränderungen in der Lage sei. Schlussfolgert man daraus, dass Marktwirtschaft ein institutionalisierter Dialog ist, so ist dem Konzept eines gleichwertigen „Dialogs mit dem Volk“ in DDR und Bundesrepublik der Boden entzogen.

Erstaunlich, wie der Meinungsaustausch zum scheinbar objektiven Gegenstand Wirtschaftsgeschichte in der Diskussion zu heftiger Emotionalität führte – etwa um den sozialwissenschaftlichen Begriff „Wanderungen“. Doch schützten hochkarätige Deutschlandkenner aus dem Ausland vor deutsch-deutscher Nabelschau. Beim Schlussplenum über „Drei deutsche Nachkriegsgesellschaften: Mentale Kontinuitäten und Brüche“ bestimmten sie die Diskussion um Handlungs- und Entwicklungsalternativen Deutschlands. Damit sei die Leistung des Moderators *Michael Salewski* (Kiel) keinesfalls geschmälert. Mit wortmächtiger Zuspitzung behauptete er für 1945 ein spukhaftes Verschwinden des Nationalsozialismus und beklagte für die Zeit seither einen medialen und politischen Dissoziationsprozess der Deutschen. Seit 1990 sei dieser zwar überwunden, indes bleibe sein Nachhall unüberhörbar. *Thomas Ahbe* (Leipzig) erklärte dem Plenum, über welche drei Nachkriegsgesellschaften in Deutschland gehandelt werde: Sein Hinweis auf die Gesellschaften Westdeutschlands und der SBZ/DDR nach 1945 und die des vereinten Landes nach Ende des Kalten Kriegs war plausibel genug, blieb aber nicht ohne Widerspruch. Heiner Timmermann hielt mit einem Augenzwinkern gleich elf deutsche Nachkriegsgesellschaften im letzten Jahrhundert für denkbar.

Corine Defrance (Paris) kokettierte mit der französischen Vorliebe für deutsche Vielstaaterei und beschrieb die kulturelle und bildungspolitische Spaltung Deutschlands in der Nachkriegszeit, wobei sie die west-alliierten Leistungen für den Kulturaustausch als Demokratisierungshilfe veranschaulichte. Auch der Moskauer Historiker *Alexei Filitov* informierte über neue Forschungen und fokussierte u. a. die Rolle Molotovs in der Nachkriegszeit, der stärker an der – vom Diktator eher gebremsten – Stalinnote von 1952 beteiligt war als bislang vermutet. Für die Bewertung der DDR-Gesellschaft unterstrich sein Hinweis auf Konflikte zwischen SED und SMAD die Rolle der ostdeutschen Machteliten.

In Temperament und Zielrichtung unterschiedlich, ergänzten sich die Kurzvorträge von *Andrew I. Port* (Detroit) und *Tomasz Pszczółkowski* (Warschau) dennoch sehr gut. Port zog weite Parallelen zum säkularen Mentalitätsbruch in westdeutscher wie DDR-Gesellschaft, etwa zum Abbau der militaristischen Disposition. Sein Plädoyer für eine Normalisierung und seine These, die Deutschen verhielten sich inzwischen wieder so wie alle anderen Völker, musste natürlich zu deutschen Widersprüchen führen. Indes hatte schon Professor *Pszczółkowski* mit seinem Hinweis auf den Zusammenhang der deutschen Erinnerungskultur mit der seiner Nachbarn Grenzen geschichtspolitischer Normalisierung aufgezeigt und an die Leitfunktion sowie die gerade wieder aktuelle politische Strategie des „Spielens der deutschen Karte“ (Klaus Ziemer) in Polen erinnert. Indes: Für das polnische Deutschlandbild entscheidend ist das aktuelle Verhalten der Deutschen, wobei das Votum für den polnischen EU-Beitritt ein wichtiges Signal war.

Auch wenn die stark geschichtsträchtig orientierten Podien in den interdisziplinär angelegten Sektionen aufgefächert und ergänzt wurden, blieb auch hier das Rahmenthema der „historischen Erinnerung im Wandel“ verbindlich. Die Sektion zur Wirtschafts- und Sozialpolitik eröffnete *Frank Betker* (Aachen), der seine Aufgabe, „bürgerliche Architekten in der DDR“ vorzustellen, als fast unlösbar zurückwies. Schon 1947 sei mehrheitlich von einem antibürgerlichen Selbstverständnis der Architekten und Stadtplaner in der SBZ auszugehen. Fortschreitende Deprofessionalisierung und Entbürgerlichung gingen in der SBZ/DDR Hand in Hand, etwa im Bereich der Berufsorganisationen, was eine „Verarbeiterlichung“ des Architektenberufs zur Folge gehabt hatte. Am Beispiel des DDR-Wohnungsbaus zeigte Betker, dass die Architekten in den Kombinat an den Ort der Produktion rückten, während die Stadtplaner bei den Kommunen angesiedelt blieben.

Auf Betker antwortete *Siegfried Grundmann* mit der These, dass die Wohnungsfrage in der DDR durchaus gelöst worden sei. Grundmann, seit 1970 Soziologieprofessor in der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, bekannte sich dazu, „kein Widerstandskämpfer“ gewesen zu sein. Trotzdem sei er 1981 vom ZK als „Spinner“ bezeichnet worden, als er in einem Bericht an Günter Mittag angeregt habe, eine Definition sozialer Ungleichheit in der DDR vorzunehmen. Grundmanns Argumentation mündete in eine Verteidigung der DDR-Statistik, denn die These von einer Nichterfüllung der Wohnungsbaupläne der DDR entscheide sich an der Bewertung der Modernisierung von Wohnungen. Auf Nachfrage räumte Grundmann ein, dass zur Planerfüllung noch 2,3 Millionen Wohnungen in der DDR fehlten.

Gut ergänzten sich *Manuel Schramm* (Chemnitz-Zwickau), der danach fragte, warum es in der DDR-Wirtschaft kein Vertrauen gab, und *Sascha Rafalzik* (Bochum), der über „Reisekader und Wirtschaftsspionage“ arbeitet. Schramm zeigte, wie technologische Innovationen in der Industrie- und Hochschulforschung an den Verhältnissen der Planwirtschaft scheiterten, was demotivierend wirkte. Doch statt in horizontale Vertrauensbeziehungen von Betrieb, Forschern und Planbehörden zu investieren, setzte das System auf vertikale Machtstrukturen. Ähnlich von Misstrauen gekennzeichnet waren die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, die Rafalzik anhand von Doktor- und Diplomarbeiten der MfS-Hochschule nachzeichnete. Auch der praktische Ertrag der Wirtschaftsspionage und der Auskundschaftung von Reisekadern mit Kontakt zum kapitalistischen Ausland war eher bescheiden.

Vom DFG-Projekt „Generationenwandel als religiöser und weltanschaulicher Wandel. Das Beispiel Ostdeutschlands“ berichteten *Uta Karstein* und *Thomas Schmidt-Lux* (Leipzig), die soziologische und zeithistorische Deutungen des Säkularisierungsprozesses in Ostdeutschland um eine „konflikttheoretische Interpretation“ erweitern wollen. Die hohe Konfliktlinie von Kirche und Staat müsse, so ihr Vorschlag, heruntergebrochen werden auf die Lebenswirklichkeit des Einzelnen. Der Prozess subjektiver Säkularisierung bestimme bis heute das Leben der Familie, wie mit Interviewsequenzen gezeigt wurde, die für drei Konfliktdimensionen standen: Zugehörigkeitskonflikt (Kirchenaustritt vs. Parteieintritt), Konflikt um ethische Handlungsregulierung (Gebote der Bibel vs. Zehn Gebote der sozialistischen Ethik und Moral) und Konflikt um Weltdeutung (Atheismus vs. Kommunismus).

Ein schönes Beispiel der methodischen und inhaltlichen Vielfalt der DDR-Forschertagung versprach der skurrile Titel von *Sventja Kornher* (Hamburg): „Arbeit und Identität im Friseurhandwerk“. Leider beschränkte sie sich auf eine Analyse der Rezeption eines friseurkundlichen Standardwerks von 1915, dessen DDR-Edition dem defizitären Selbstbild des Friseurberufs im Sozialismus aufhelfen sollten.

Die abschließenden Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialpolitik waren gesellschaftlichen Themen gewidmet. Die Berliner Psychologin *Annemarie Karutz* interpretierte historischen Wandel als Anpassungstrauma und stellte eine faszinierende Langzeitstudie über einen 1925 geborenen SED-Funktionär vor, die verdeutlichte,

wie Erinnern als persönliche Geschichtsarbeit selbst einem ständigen Prozess der Neuinterpretation ausgesetzt ist. *Udo Grashof* (Leipzig) trug neue Ergebnisse zu seinem Forschungsprojekt über „Selbsttötungen in der DDR“ vor, einem der großen Tabuthemen jeder Diktatur. Grashofs Daten zeigen, dass bei männlichen wie weiblichen DDR-Jugendlichen die Selbstmordrate von den fünfziger Jahren bis 1970 signifikant höher lag als bei der jeweiligen westdeutschen jugendlichen Geschlechtsgruppe.

Die Sektion „Kultur und Gesellschaft“ startete mit vier Vorträgen zu bildungspolitischen Themen. *Tina Kwatkowski* (Leipzig) griff mit ihrem Vortrag „Verfolgte Schüler – gebrochene Biographien“ staatliche Eingriffe in Bildungsverläufe – am Beispiel der verweigerten Zulassung zu Abitur und Studium aus religiösen Gründen – auf, ein grundsätzliches Herrschaftsmittel der SED-Diktatur. Ihre Studie basierte auf den nicht immer gelungenen Versuchen zur Wiedergutmachung seit 1990.

Einen Ausschnitt aus einem vergleichenden DFG-Projekt zu Schule und Sozialisation in Mannheim und Potsdam präsentierte *Rüdiger Loeffelmeier* (Hamburg). Er zeigte, wie Potsdamer Abiturienten 1950 und 1964 in den Unterrichtsfächern Gegenwartskunde bzw. Staatsbürgerkunde politisch bewusst – wie unbewusst – sozialisiert wurden. Entscheidend für den Erfolg war indes nicht die Intensität dieser Schulung, sondern Aktivität bzw. Ausfall alternativer Sozialisationsinstanzen als Gegenpol.

Das Projekt von *Wolfgang Lambrecht* (Chemnitz-Zwickau) zur „III. Hochschulreform der DDR an der Technischen Hochschule Karl-Marx-Stadt“ interpretiert die vier Elemente Struktur (Personal und Institutionsgröße), Forschung, Ausbildung und Weiterbildung als Bruch mit der deutschen Hochschultradition. In Anlehnung an Oskar Anweilers bildungspolitischen Systemvergleich prüft Lambrecht, ob erste Forschungsergebnisse – erstaunlich klare Akzeptanz für die Sektionalisierung, „relative Freiheit im Kleinen“, Synergieeffekte – sich als tragfähig erweisen.

Stefan Oyen (Hannover) stellte die Abiturthemen 1947 im Fach Deutsch am Andreanum und am Josephinum in Hildesheim, an der Schiller-Oberschule in Weimar und an der Humboldt-Oberschule in Erfurt vor. Das Kaleidoskop der Stoffe war zwei Jahre nach Kriegsende überraschend ähnlich. So sind in Hildesheim Christentum und christliches Leben vor dem Hintergrund der Stadt in Trümmern ebenso thematisiert wie die sittliche Macht und Größe von Goethes „Iphigenie“. Ähnliche Fokussierungen finden sich in den Stoffen der Thüringer Oberschulen: Texte deutscher Klassiker – zumal Schillers, dessen „Wallenstein“ als Beispiel menschlicher Verwirrungen und Laster dient – stehen zur Diskussion. Im Unterschied zu Hildesheim ist in Weimar und Erfurt die politische Argumentationslinie in Formulierungen wie „Grundlagen wahrer Gemeinschaft“ oder „Aufgaben der Jugend im demokratischen Staat“ jedoch schon unübersehbar.

Zwei Vorträge griffen das kulturwissenschaftlich aktuelle Thema Erinnerungskultur auf. *Christian Lotz* (Leipzig) stellte es in den Kontext von Vertreibung und Integration. Indem er die Raumkonzepte der Landsmannschaft Schlesien, der Evangelischen Kirche Schlesiens sowie der Hellmuth-von-Gerlach-Gesellschaft mit ihrem ost- wie westdeutschen Zweig vorstellte, zeigte er, wie Erinnerung durch die Prägung von „mental maps“ mitbestimmt wird, und dass es alternative Denkfiguren in diesem Feld gab. Auch der Soziologe *Anton Sterbling* (Rothenburg/Lausitz), der Erinnerungskultur am Beispiel von Görlitz untersuchte, thematisierte Flucht und Vertreibung, da in der Neißestadt ein großer Teil der Bevölkerung aus Schlesien „zugewandert“ war. Für die Homogenität der kulturellen Erinnerungsgemeinschaft in Görlitz ist dies bis heute eine Herausforderung, vor dem Hintergrund der Bewerbung um eine europäische Kulturhauptstadt aber auch eine Chance, nicht zuletzt durch die Kooperation mit der polnischen Schwesterstadt Zgorzelec.

Renate Meyer-Braun (Bremen) berichtete über den „Theateraustausch zwischen Bremen und Rostock in den fünfziger Jahren“, der ohne offiziöse Städtepartnerschaft möglich war. Zwar ist dieses Projekt, bei dem 1956 etwa 60 Bühnenangehörige von Rostock nach Bremen kamen und worauf bis 1961 jährlich etwa vier Aus-

tausche folgten, wohl nicht einzigartig. Die Kooperation ist auf eine „Initiative Kulturaustausch“ von Johannes R. Becher zurückzuführen, der unbehinderte Gastspielreisen verlangt hatte und so eine Kulturoffensive der DDR anstieß, auf die im Westen mit Unsicherheit reagiert wurde. Erfolg hatten diese beiden Bühnen indes, weil der menschliche Aspekt des Besuchs von Künstlern bei Künstlern und das Kennen lernen kultureller Projekte in beiden Deutschlands im Vordergrund stand: „Kultur ja, Politik nein!“ Und so reiste Brechts „Der gute Mensch von Sezuan“, 1956 noch vom Meister selbst legitimiert, in der Regie seines Meisterschülers Benno Besson von Ost nach West. Zudem kannten sich die Intendanten Albert Lippert und Hanns Anselm Perten seit 1953 und hatten eine lose kollegiale Verbindung längst geplant, die sie nun mit furiosem Start realisierten. Bessons Inszenierung erhielt 51 Vorhänge! Mit dem Bremer Intendantenwechsel 1961 zu Kurt Hübner brach die Kooperation abrupt ab, ob vom Mauerbau verursacht oder wiederum vom „rein Menschlichen“, bleibt noch zu erforschen.

Pia Nordblom (Mainz) ging im letzten Beitrag der Sektion einem Phantom nach: der nicht existierenden Hitler-Biographie der DDR-Historiker. Dennoch war dies für die DDR-Historiografie ein brennendes Thema, das freilich vor Abschluss der repräsentativen Thälmann-Biographie (1979) nicht einmal gedanklich in Angriff genommen werden durfte. So blieb das öffentliche Hitlerbild in der DDR ganz der uralten Dimitroff-These vom Knecht des Kapitalismus verhaftet.

In der Sektion „Internationale Politik“ wechselten sich Altmeister des Fachs mit jüngeren Kollegen ab: *Fred S. Oldenburg* (Köln) kam in seiner Bestandsaufnahme zur internationalen Theorie und dem Ende des Kalten Kriegs zu einer kritischen Einschätzung früherer Erklärungsansätze. Er plädierte für eine Mehrebenenanalyse, die Verknüpfung ökonomischer, ideenpolitischer und akteurszentrierter Betrachtungen mit der Rolle der Opposition. Bei *Gerhard Wettig* (Kommen), der über die Beziehungen von UdSSR und DDR nachdachte, und *Helmut Wagners* (Berlin) Beitrag zu Brandts Ostpolitik und ihrer gesamtdeutschen und europäischen Perspektive war es ebenfalls faszinierend zu sehen, wie Experten in kritischer Selbstreflexion ihre langjährige Beobachtung der internationalen Politik fortführten.

Aber auch die Befunde junger Forscher waren spannend, etwa die Analyse der deutschen Olympiamannschaften von 1952 bis 1972 durch *Juliane Lanz* (Rostock). *Dominik Rigoll* (Berlin) und *Philip Matthes* (Bonn) setzten die DDR in Bezug zu den Verbündeten der Bundesrepublik, wobei Matthes mit der Anerkennung der DDR durch die USA an einen Brennpunkt des Kalten Kriegs erinnerte. Rigoll band den westdeutschen Radikalenerlass von 1972 in eine deutsch-deutsch-französische Verflechtungsgeschichte ein.

Ausländische Wissenschaftler diskutierten naturgemäß in dieser Sektion intensiv mit. *Andrej Glowacki* (Szeczin) beschrieb, wie sich die DDR in der Perzeption polnischer Studierender darstellte, Vorarbeit für die dringend nötige europäische Wahrnehmungsgeschichte. Wie schnell vorgegebene Wahrnehmungsstrukturen umgekehrt wurden, zeigte *Alexei Tikhomirow* (Jaroslaw/Jena) am Beispiel der Stalin-Bilder in der DDR. Der ab 1949 institutionalisierte Stalin-Mythos führte zu grotesken Formen, wenn im Buna-Werk Merseburg Stalin-Geburtstag und Weihnachtsfest zusammengefeiert wurden. Der Prozess der Entmythologisierung ab 1956 war umso schmerzhafter.

Wie stets erwiesen sich die Sektionen als anregendes und unverzichtbares „Methodenlabor“. Die Öffnung zu kulturwissenschaftlichen Trends (z. B. Karstein/Schmidt-Lux, Tikhomirow, Lotz) integriert die internationale DDR-Forschung in den wissenschaftlichen Mainstream.

Zum Schluss sei denen gedankt, die es institutionell und persönlich ermöglicht haben, die DDR-Forscher-tagung in Weimar fortzuführen: Die Bundeszentrale für politische Bildung mit Hans-Georg Goltz, die Union-Stiftung mit Peter Ullmann, die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur mit Ulrich Mählert, die alle in

Weimar auch persönlich mitdiskutiert haben. Heiner Timmermann bleibt auch als Vorstandsvorsitzender der Akademie Rosenhof Weimar, dem neuen Förderpartner, unverzichtbarer Gestalter in der Mitte.

Silke Flegel/Frank Hoffmann, Bochum

Copyright

Arbeitsgemeinschaft außeruniversitärer historischer Forschungseinrichtungen
in der Bundesrepublik Deutschland e.V., 2006.

Kein Teil dieser Publikation darf ohne ausdrückliche schriftliche Genehmigung der AHF in irgendeiner Form
reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

AHF, Schellingstraße 9, 80799 München
Telefon: 089 – 13 47 29, Fax: 089 – 13 47 39
E-Mail: info@ahf-muenchen.de, Website: <http://www.ahf-muenchen.de>

Empfohlene Zitierweise / recommended citation style:

AHF-Information. 2006, Nr.016
URL: <http://www.ahf-muenchen.de/Tagungsberichte/Berichte/pdf/2006/016-06.pdf>